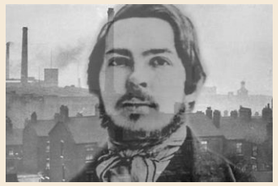
FILMTIPS www.rf-news.de Rubrik FILME



FRIEDRICH ENGELS - DER MEIST UNTERSCHÄTZTE KLASSIKER - Hart kämpfen, streng denken, aus tiefstem Herzen lieben!

GREUT

Mit der Kettensäge...

... hat der Grundstückseigentümer auf dem Greut im Oktober schon mal Tatsachen geschaffen. Die Bäume sind weg.

Seit Jahren kämpfen die Bürgerinitiative "Rettet das Greut!" und andere gegen den Zubau einer der letzten Esslinger Frischluftschneisen. Bisher in erster Linie mit Apellen an die Stadt und den Gemeinderat (die Bebauung wurde bereits mehrheitlich beschlossen) und mit dem Rechtsweg. Es wird immer deutlicher, dass das nicht ausreicht und Illusionen in das "Umdenken" der Verantwortlichen nicht zum Erfolg führen. **Auch auf kommunaler Ebene kommt über tausend Fäden zum Tragen, dass der Staat sich im Kapitalismus als Dienstleister der Renditeerwartungen versteht.** Wir brauchen in Esslingen einen breiten überparteilichen Zusammenschluss gegen die Umweltzerstörung und einen aktiven Widerstand, z.B. mit gemeinsamen Demonstrationen.

METTINGEN

Daimler- Gießereiabgase
Kein Thema mehr?

Von wegen! Nach wie vor bläst Daimler mehrmals die Woche stinkende Gießereiabgase in die Luft. Fatalerweise gewöhnen sich Gießereiarbeiter und Anwohner an den Geruch dieses gesundheitsschädlichen Cocktails von krebserregenden Stoffen. Die Krebshäufigkeit bei Gießereiarbeitern ist mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Seit Jahren protestieren Anwohner, Umweltschützer und das Personenwahlbündnis FÜR Esslingen dagegen. **Denn es gibt Alternativen: Einsatz von anorganischen statt organischen Bindern für die Gießformen. Damit kann der Schadstoffausstoß um 99% verringert werden.**

In seiner eigenen Umwelterklärung von 2019 schreibt Daimler, dass in den Werken Untertürkheim, Brühl, Weil und Mettingen über 500 000 Tonnen CO^2, 147 Tonnen Stickoxid und 16 Tonnen Staub rausgeblasen wurden. Der Ausstoß der Gießereiabgase wird erst gar nicht gemessen. **Dabei ist gerade die Anbindung der Gießereiabgase an den insgesamt zunehmenden Feinstaub Gift für die Lunge.**

Zum Teil sind die Daimler-Emissionen rückläufig und in der Produktion wird auch schon das schadstoffarme Gießverfahren eingesetzt. Das ist sicher ein Erfolg der kämpferischen Umweltbewegung. Aber es passiert viel zu wenig, weil im Kapitalismus zwanghaft und gesetzmäßig in kurzer Zeit Maximalprofite erwirtschaftet werden müssen. Die Daimler-Belegschaft ist dabei doppelt betroffen. Mancher Kollege/in meint noch, dass man im Betrieb andere Sorgen hätte. Aber auch im Kampf für Arbeitsplätze und gegen die Angriffe von Daimler haben wir es ja mit genau demselben Gegner zu tun wie in der Umweltfrage! Jeder Arbeiter muss sich im Interesse der Jugend auch um die Umweltpolitik kümmern! Streiks für Umweltforderungen sind in vielen Ländern keine Seltenheit.

Arbeiter und Angestellte, Anwohner und Umweltschützer: gemeinsam für den Erhalt der Arbeitsplätze und für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen!

www.mlpd.de

Member of ICOR

MLPD Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

KONTAKT und presserechtl. verantwortlich: Dorothea Jauernig, Turmstr.2, 73738 Esslingen, Tel. 0711 350293

MLPD Esslingen
3-20 | 21.Dezember 2020
TACHELES

Der Scherbenhaufen des Krisenmanagements

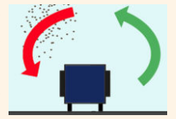
Das Tabu: Die Betriebe sind beim Gesundheitsschutz außen vor

Soweit hätte es nicht kommen müssen! Seit Beginn der Pandemie wurden drei entscheidende Infektionsquellen außer Acht gelassen: die Schulen, der öffentliche Nahverkehr und vor allem die Betriebe mit 37 Millionen Beschäftigten. Ministerpräsidenten wie Kretschmer und Söder werden nicht müde, die Leute ständig zu ermahnen, nicht unvernünftig zu sein. Aber während an Obdachlose Bußgelder verhängt werden, ist für die Betriebe keinerlei Kontrolle vorgesehen. Polizei, Zoll und Gesundheitsämter interessieren sich nicht die Bohne für die Betriebe, solange dort keine Corona ausbricht. Die unverbindlichen Soll-Bestimmungen der Bundesregierung zum Maskentragen am Arbeitsplatz und Umorganisieren der Betriebsabläufe stehen zwar seit August auf dem Papier, aber es gibt keinerlei Sanktionen bei Verstößen. Außer in den Hotspots der Fleischindustrie wie Tönnies und Westfleisch gab es keinen Lockdown von Betrieben. Dabei gab es Ausbrüche in Paketzentren wie DPD und DHL in Köngen, im Chemiepark Marl, Frosta, ZF, Gerresheimer Glas, bei den Saisonarbeitern in der Landwirtschaft. Verdi berichtet, dass bei Amazon bei Augsburg 300 von 1500 Angestellten infiziert seien. Amazon verzeichnet gerade Gewinnrekorde, während viele Kleinunternehmer vor der Pleite stehen.

Getreu den Weisungen des Bundesverbandes der Industrie (BDI) handelt die Bundesregierung nach dem Motte 'Profite vor Gesundheit' - staatsmonopolistischer Kapitalismus live! Der BDI hatte im Oktober "eindringlich vor einem generelllen Herunterfahren der deutschen Wirtschaft gewarnt". Jetzt dürfen gnädigerweise Belegschaften Urlaub nehmen, weil auch die Schulen und Kitas zumachen. Vor allem die Großkonzerne profitieren auch massiv von den Kurzarbeiterregelungen, denn sonst müssten sie bei Infektionen den Betroffenen 100 % vom Lohn weiterzahlen. Also Hauptsache, die Gewinne und Aktienkurse steigen - auf Kosten der Belegschaften! Dagegen müssen wir durchsetzen, dass ausreichend kostenlose Masken zur Verfügung stehen, mehr Pausen, Entzerrung der Schichten, Unterstützung der Familien und mehr Kontrollen!

DAS VIRUS IST BESIEGBAR - AUF EIN GESUNDES NEUES JAHR 2021!

Stadt Esslingen gegen Luftreiniger in Schulen: Eine Fehlentscheidung!



Die Stadt Esslingen lehnt die Anschaffung von Luftfiltern ab. Dabei beruft sie sich auf das Bundesumweltamt. Aber die Luftfilter sind ein sinnvoller Einsatz zum Gesundheitsschutz in den Schulen und Kindergärten!

Luftreiniger können über 99 Prozent der Aerosole aus der Raumluft entfernen, die beim Ausatmen und Sprechen entstehen und Corona-Viren übertragen können. Die Geräte müssen mit einem Filter der Qualität HEPA 14, mindestens HEPA 13 ausgerüstet sein. Der gewährleistet, dass auch kleinste Teilchen wie Viren heraus gefiltert werden. Es gibt jetzt auch Geräte, die die Viren auch durch Hitze, Ionisation oder UV-Bestrahlung zerstören.

Bundesweit würde es etwa1 Milliarde Euro kosten, alle Schulen damit auszurüsten. Zum Vergleich: Die Lufthansa hat bisher 9 Milliarden Euro kassiert - und will nun bis Jahresende 29.000 Stellen abbauen!

TACHELES - ONLINE

Die bisherigen Ausgaben herunterladen
Eigenen Kommentar abgeben
Aktuelle Beiträge und Infos lesen
www.mlpd-esslingen-tacheles.de
Instagram: #mlpdesslingen

TACHELES - Kleinzeitung der MLPD Esslingen - erscheint ca. 3-monatlich. Zuschriften sind willkommen und werden vertraulich behandelt.

Greut, Karstadt- und Nürk-Areal

Für preisgünstige und umweltgerechte Wohnungen!

Über 1/3 aller Haushalte in Baden-Württemberg hätten Anspruch auf eine Sozialwohnung. Aber nur etwas über 1 % der Wohnungen sind Sozialwohnungen. In Esslingen gibt es 1700 geförderte Wohnungen, das sind nur 3,5 % aller 48.300 Haushalte!

Auf eine freie Wohnung bewerben sich bei den Esslinger Wohnungsbaugesellschaften 150-200 Leute. Dagegen ist das Wohnraumversorgungskonzept der Stadt völlig unzureichend. Die dort geplanten 25% Sozialwohnungen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein bei einer Notfallkartei von über 819 Personen Ende 2019.

Trotz großen Unmut in der Bevölkerung wurde die massive und klotzige Bebauung des Karstadt-Areals beschlossen. Auch mit dem Abriß des Nürk-Areals für den neuen Lidl-Markt werden vor allem die Investoren beglückt. Das wird immer wieder damit gerechtfertigt, dass ja **auch** Wohnungen dort gebaut werden. In der neuen Weststadt und an der Berliner Strasse sind das aber vor allem teure Mikroappartements. Der Anteil der Wohnungen mit bezahlbaren Mieten ist überall gering. Im Block B des Vorzeigeprojekts "Neue Weststadt" sind in die 132 Wohnungen nur 4 Kinder eingezogen. Dagegen gibt es genug Vorschläge, ohne Flächenversiegelung preisgünstige Wohnungen zu beschaffen. Erst jetzt fängt die Stadt mit einem Leerstandsmangement an, um überhaupt erstmal rauszufinden, wieviel Wohnungen in Esslingen leer stehen. Natürlich liegt es auch an der **ungleichmäßigen Entwicklung** im Kapitalismus, wenn in ländlichen Landstrichen besonders in Ostdeutschland massenweise leerstehende Wohnungen günstiger zu haben sind. Dort gibt es aber kaum Arbeit. So ist die Wohnungsnot bedingt durch die Profitwirtschaft.

Die INTERNATIONALISTISCHE LISTE / MLPD kandidiert zur Bundestagswahl 2021. Dazu müssen wir erst Tausende von Unterschriften auf einem abschreckenden Formular sammeln. Die etablierten Parteien wollen wohl unter sich bleiben. Beim Unterschriftensammeln in Nürtingen meinte ein Mann: "Ich bin zwar nicht mit den Zielen eurer Partei einverstanden, aber dass ihr auf dem Wahlzettel steht, finde ich okay." Genau richtig: Trotz anderer Meinungen offen sein für Argumente, Respekt und auf gleicher Augenhöhe diskutieren, die Sache in den Vordergrund stellen! Der Antikommunismus stellt sich dem entgegen, dass überhaupt über die Profitwirtschaft hinaus gedacht wird.

Unterstützen Sie die Bewegung "Gib Antikommunismus keine Chance!"

Bisher haben fast 5000 Menschen unterschiedlicher politischer Richtungen den Aufruf unterschrieben. Mit dem Antikommunismus soll der Blick für eine **Alternative zum krisengeschüttelten und überlebten Kapitalismus** verstellt werden. Wir brauchen aber eine breite gesellschaftliche Debatte darüber. Wie kann die Ausbeutung von Mensch und Natur überwunden werden? Karl Marx prägte den Begriff der "Diktatur des Proletariats" für die sozialistische Gesellschaft: Einerseits Unterdrückung aller Bestrebungen, die Macht des Kapitals wieder herzustellen - andererseits bisher nicht gekannte Basisdemokratie für das Volk. Wie soll das aussehen und wie kann eine umfassende Kontrolle über die Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft organisiert werden? Diskutieren Sie mit, machen Sie mit!

Aufruf und Infos: www.gibantikommunismuskeinechance.de

DAS ESSLINGER LANDRATSAMT MUSS ERHALTEN WERDEN!

Der vom Kreis geplante Abriss und Neubau des Landratsamtes (LRA) bedient wohl die Renditeerwartungen der Baukonzerne. Aber umweltpolitisch ist er nicht zu verantworten und das muss verhindert werden!

Das erst ca. 40 Jahre alte Gebäude kann durchaus renoviert, verschönert, um die geplante Kindertagesstätte erweitert und auch technisch auf Stand gebracht werden. Ein kompletter Neubau würde eine Unmenge Verschwendung von Material und Energie bedeuten, weitere Lärm-, Verkehrs- und Staubbelastungen über Jahre hinweg mit sich bringen.

Die in der Regel ausufernden Baukosten bei solchen Großprojekten würden weit über einer Instandsetzung liegen. Schon jetzt wären die geschätzten 150 Millionen Euro das bisher teuerste Bauprojekt des Kreises.

Das LRA argumentiert, dass Brandschutz, Energieeinsparung und Haustechnik renoviert werden müssten. Aber in der heutigen Haustechnik sind auch komplizierte Instandsetzungen durchaus möglich, Platz für z.B. neue Leitungen ist ja vorhanden. Was Hausbesitzer und viele Betriebe hinbekommen, soll im Landratsamt nicht klappen? Die angebliche Klimaneutralität angesichts der Umweltschäden durch den Neubau ist doch Augenwischerei. Auch die Energieeinsparung soll laut LRA nur bei 1% liegen.

Unterzeichnen Sie bitte die Petition: www.petitionen.com/erhalt-la-esslingen

www.inter-liste.de

Arbeitsplätze und Umweltschutz

Konsequent.

Internationalistische Liste

MLPD

DAIMLER

Vorwand: "Fehlende Flächen"

Der Daimler-Vorstand begründete seine Pläne, im Stammwerk 4000 Arbeitsplätze zu vernichten mit dem Argument, dass für die E-Mobilität Platz geschaffen müsse.

„Wie knapp ist der Platz wirklich?" fragen die Stuttgarter Nachrichten. „Denn Daimler erlaubt sich den Luxus, bereits seit Jahren zwei große Flächen in der Stadt, die man für viel Geld gekauft hat, vor sich hindämmern zu lassen." Beide Grundstücke werden seit Jahren nur als Parkplätze benutzt, was ökologisch zu kritisieren ist und zum Teil vom Steuerzahler subventioniert wurde.

Doch Noch-OB Fritz Kuhn von den GRÜNEN vertritt: „Man müsse manchmal auf Firmen zugehen, auch wenn es nicht zur reinen Lehre der eigenen Überzeugungen passe".

Weg mit dem grünen Image, wenn es dabei stört, als Dienstleister für die Monopole zu agieren! Solcher Einsatz wird bekanntlich immer damit gerechtfertigt, dass dies Arbeitsplätze schaffe. Doch Daimler will genau das Gegenteil. So soll die Verbrenner-Motorenproduktion ins neue polnische Werk in Jawor verlagert werden. Das liegt in einer Sonderwirtschaftszone, mit einer faktischen Unternehmer-Steuerbefreiung für 15 Jahre, einem von der EU finanzierten Autobahnanschluss und Facharbeiterlöhnen, die zwei Drittel niedriger als in Deutschland liegen.

(gekürzt aus **www.rf-news.de** vom 13.12.20)

EBERSPÄCHER

Belegschaft gegen Schließung von Werk 3: Massenhafte Klagen gegen Kündigungen

Mit etwa 180 Klagen wehren sich die Kollegen und Kolleginnen geschlossen gegen die erste Entlassungswelle von insgesamt etwa 300. Die Schließung des Esslinger Heizungswerks geschieht einzig und allein aus Profitgründen. Die Produktion soll an den Billiglohn-Standort Olawa in Polen verlagert werden. Die Zeitungen schreiben darüber, als ob daran nicht mehr zu rütteln wäre. Aber die Belegschaft findet sich nicht so einfach mit der Arbeitsplatzvernichtung ab.

Die meisten Kollegen und Kolleginnen wollen auch nicht in die angebotene Transfergesellschaft gehen. Denn wer da reingeht, akzeptiert automatisch seine Kündigung und kann dann nicht mehr klagen. Deswegen hat die Geschäftsleitung eifrig dafür geworben. Aber die sogenannte Transfergesellschaft ist für viele der über 50-jährigen Beschäftigten nur ein Transfer in die Arbeitslosigkeit. Davon haben die Eberspächer Gesellschafter sicher keine Ahnung, gehören sie doch zur Riege der Superreichen in Deutschland. Das hindert sie nicht daran, den Gekündigten auch noch Niedrig-Abfindungen anzubieten.

Die Kündigungsschutz-Klagen zeigen, dass die Belegschaft nicht einfach zur Schlachtbank gehen will. Noch ist die Schließung des Werks nicht vollzogen. Vor und im Betrieb gab und gibt es viele Diskussionen, ob auch ein selbständiger Streik möglich ist. Denn schließlich geht es doch auch um die Zukunft der Jugend! Manche Kollegen bei Eberspächer meinen, dass es dafür jetzt zu spät sei. Aber solange wir durch das Tor gehen und die Produktion läuft, können wir kämpfen. Schließlich sind andere genauso betroffen wie z.B. die Eberspächer-Belegschaft in Renningen. Auch dort werden knallhart Kündigungen durchgezogen. Wenn wir gemeinsam als Konzernbelegschaft vorgehen, sind wir eine Macht!

Die Massenklagen der Belegschaft sind ein Politikum in Esslingen und müssen solidarisch unterstützt werden. Nach wie vor sind Aktionen in und vor dem Werk möglich.

Wir brauchen auch in den nächsten Monaten eine große Geschlossenheit im Werk. Dem steht entgegen, wenn der Unmut auf den Betriebsrat gelenkt werden soll. Es ist eine ernstzunehmende Drohung, dass 2 scharfe Patronen in den Briefkasten des Betriebsrates geworfen wurden. Wer jetzt im Betriebsrat den Schuldigen sieht, nimmt die Geschäftsleitung aus der Schusslinie. Manche Kollegen überschätzen auch, was ein Betriebsrat überhaupt für Rechte hat. So darf er wegen der gesetzlichen "Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit" gar nicht zu einem Streik aufrufen. Aber im Rahmen seiner Möglichkeiten hat er immerhin allen Kündigungen widersprochen.

Wir müssen aber auch weiterdenken. Wir brauchen gerade in dieser Situation, wo die Folgen der Wirtschaftskrise und der Corona-Pandemie verschärft auf uns abgeladen werden, das politische Recht uns zu wehren und offensiv unsere Forderungen zu vertreten: **FÜR EIN ALLSEITIGES UND VOLLSTÄNDIGES GESETZLICHES STREIKRECHT!** Denn lauf Gesetz darf die Gewerkschaft gar nicht zu einem Streik gegen Schließungen aufrufen.

Und wir brauchen eine wirksame Maßnahme, um die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen und Arbeitsplätze zu erhalten: **FÜR DIE 30-STUNDEN-WOCHE BEI VOLLEN LOHNAUSGLEICH!** Bundesweit und als Konzernvereinbarung!

Und nicht zuletzt: In einer sozialistischen Gesellschaft wäre es selbstverständlich, dass der technische Fortschritt der breiten Masse zugute kommt und nicht dem Maximalprofit untergeordnet wird. **Deshalb mach mit in der MLPD!**

Flugblattaktion in Juni (Foto IG Metall)

„SELBST EINE
GANZE GESELLSCHAFT
IST NICHT EIGENTÜMER DER ERDE.
SIE IST NUR IHR NUTZNIESSER,
UND HAT SIE DEN NACHFOLGENDEN
GENERATIONEN VERBESSERT
ZU HINTERLASSEN.“

nach Karl Marx

Schluss mit der Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung!

Nicht trotz, sondern wegen der Beschlüsse der Bundesregierung zum 'Lockdown light' infizieren sich und sterben heute so viele Menschen an Corona!

Mit den jetzigen Maßnahmen werden die hohen Infektionszahlen sicher kurzfristig gesenkt, was auch dringend notwendig ist. Aber es ist kein grundsätzlicher Unterschied zu den früheren Beschlüssen zu erkennen: Kein Konzept, wie es langfristig mit den Schulen weitergeht. Die Produktion in den Betrieben wird von verpflichtenden Maßnahmen ausgespart. Ein Konzept für einen leistungsfähigen ÖPNV mit zusätzlichen Bussen und Bahnen, damit die Menschen wirklich Abstände einhalten können und nicht dicht auf dicht stehend zur Arbeit oder zur Schule fahren müssen, ist nicht erkennbar. Natürlich ist es sinnvoll, sich mit Treffen und Feiern zurückzuhalten. Festzuhalten bleibt aber: An der Ausrichtung, dass die Leute die Misere ausbaden sollen, hat sich nichts geändert.

Brisant war und ist die Lage in Altenheimen und Pflegeeinrichtungen wie in den Berkheim und Obertor. Erst jetzt sind Schnelltests für die Pflegeheime da und erst jetzt FFP2-Masken für über 60-jährige. Schon vor Corona war der "Pflegenotstand" dramatisch, jetzt fehlt an allen Ecken und Enden Personal, um die Tests vollständig durchzuführen.

Dauerstress nicht nur in den Notaufnahmen der Esslinger Kreiskliniken. Die Beschäftigten sind am Limit. Sie müssen die Personalkürzungen der letzten Jahre ausbaden! Deutschland liegt beim Personalschlüssel in den Krankenhäusern in Europa an letzter Stelle. Während in Deutschland 10,3 Patienten auf einen Pfleger kommen, sind es in den Niederlanden 4,9 und in Norwegen sogar 3,8. Das ist die Folge der Privatisierung des Gesundheitswesens und damit der Unterordnung unter das Diktat der Profitmaximierung!

Eine Lösung wären Massentests, wie sie in einigen asiatischen Ländern durchgeführt und von der MLPD seit Monaten gefordert wurden. So ließen sich viel mehr Infizierte herausfinden, auch solchem, die das Virus als Wirt mischleppen und davon nichts merken. Aber die Bundesregierung und Gesundheitsminister Spahn setzen auf einen Kurzzeiteffekt. Die heißen Eisen werden nicht angepackt. Dann werden die Zahlen nach den Weihnachtsferien prompt wieder ansteigen. Faschistoide bis faschistische Gruppen wie die „Querdenker" oder die AfD bringen zusätzlich mit ihren demagogischen und die Pandemie verharmlosenden Aufmärschen Falschinformationen unter die Leute. Sie müssen endlich daran gehindert werden, Superspreader-Events zu organisieren.

Konsequente Maßnahmen des Gesundheitsschutzes in Betrieben, in Schulen und im öffentlichem Personennahverkehr!

Nein zur Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten! Hände weg vom Versammlungsrecht!

Kampf der faschistischen Querfrontstrategie und Verbot aller faschistischen Organisationen!

Finanzielle Ausfälle für kleine und Solo-Selbständige auf Kosten der Monopolprofite ausgleichen!

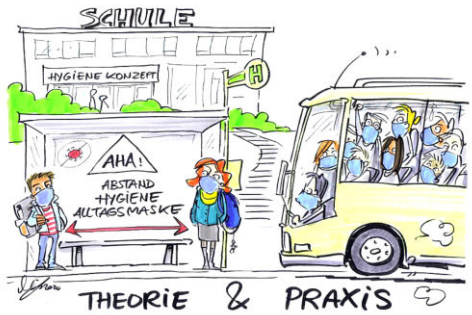
Bericht aus der PLIENSAUVORSTADT

"Endlich werden wir getestet!"

Das hoffte ein Schüler, als wir - mit Abstand und Maske - Flugblätter von MLPD und Jugendverband REBELL vor der Pliensauschule verteilten. Darin wurden kleinere Klassen und regelmäßige Tests für alle Schülerinnen und Schüler gefordert. In der Pliensauvorstadt wurden schon mehrere Klassen für 14 Tage in Quarantäne geschickt, manche schon zweimal. Ungetestet, ob sie Träger des Virus waren oder nicht. Zu Hause mussten sie bleiben, weil 1 oder 2 Schüler in ihrer Klasse erkrankt waren. Für die Kinder ist es langweilig, für die Eltern noch schlimmer. Wer passt auf die Kinder auf, wenn sie arbeiten gehen. Wo kommt das Geld her, wenn sie nicht arbeiten gehen? Wenn man alle Lehrer und Schüler testet, werden die Infizierten herausgefunden, und die Gesunden können zur Schule.

Das Flugblatt stieß auf viel Zustimmung bei den Eltern. Mehrere sagten: „Es ist richtig, wir müssen den Mund aufmachen!"

Eine Lehrerin, selbst Mutter einer Schülerin, gab zu bedenken: Klassenteilung - das bedeutet für uns noch mehr Arbeit, wir sind jetzt schon am Rande unserer Kräfte. Natürlich heißt kleinere Klassen auch mehr Lehrer, mehr Räume, mehr Geld vom Staat. Warum steht das bei uns nicht auf dem Plan der Herrschenden, warum wird das nicht diskutiert?

Einer fand die Forderungen zwar überlegenswert. Aber das Flugblatt wollte er nicht nehmen, weil es von der MLPD war. Doch: müssen nicht alle, denen es um Gesundheit, Zukunft, Bildung geht, zusammenstehen, ohne Spaltung?

Außerdem: Die hohen Infiziertenzahlen rühren daher, dass der Konkurrenzkampf der Konzerne und ihr Profit im Mittelpunkt stehen. Dafür erhalten sie Milliarden Gelder, dafür lassen sie weiter arbeiten, dafür müssen Schulen und Kitas offen sein. Solche Politik widerspricht den gesundheitlichen Erfordernissen. Eine sozialistische Gesellschaft stellt Mensch und Natur in den Mittelpunkt. Sie kann Menschen und Mittel in bei uns nicht gekanntem Ausmaß mobilisieren. Gegen solche Politik darf es kein Denk-Tabu geben! Der Vater nahm das Flugblatt, um es gründlich zu